

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Peter Pilz, Albert Steinhauser, Alev Korun, Freundinnen und Freunde

betreffend Sonderstaatsanwaltschaft für Polizeigewalt

eingbracht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage des Abg. Pilz betreffend Polizeigewalt

BEGRÜNDUNG

In der jüngeren Vergangenheit hat es in Wien eine Reihe von Fällen gegeben, in denen PolizeibeamtInnen mit unangemessener Polizeigewalt gegen Personen vorgegangen sind.

Das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe des Europarats empfahl dazu Österreich in seinem Bericht 2009:

*Das CPT möchte betonen, dass zur wirksamen Ermittlung über Vorwürfe polizeilicher Misshandlung das entsprechende Verfahren aus der Sicht aller unabhängig und unparteiisch ablaufen muss. **Daher sollten die entsprechenden Ermittlungen einer Stelle anvertraut werden, die völlig unabhängig von der Polizei agiert.***

Eine derartige Stelle existiert derzeit in Österreich nicht, und wäre daher umgehend einzurichten. Sie wäre unverzichtbar, um konsequent gegen unangemessene Polizeigewalt vorzugehen.

Obwohl derzeit zwar im Anti-Folter-Erlass des BMJ vorgesehen ist, dass bei Verdacht auf unangemessene Polizeigewalt und schwieriger Beweislage der zuständige Staatsanwalt möglichst persönlich an der Einvernehmen der betroffenen Personen, Verdächtigen und Zeuginnen teilnehmen soll, geschieht dies in der Praxis nur selten. Es kommt daher häufig dazu, dass die wesentlichen Einvernahmen, anhand derer über eine Strafverfolgung gewalttätiger PolizistInnen entschieden wird, von ExekutivbeamtInnen verfasst werden.

Neben der Gefahr, dass hier aus einem falsch verstandenen Korpsgeist heraus Vorwürfen nicht mit der notwendigen Konsequenz nachgegangen wird, ist auch festzustellen, dass bei vielen der betroffenen Personen aufgrund der erlittenen Gewalt das Vertrauen in die Tätigkeit der Polizei schwer erschüttert ist. Aufgrund der traumatisierenden Erlebnisse sehen sich Opfer von Polizeigewalt oft nicht dazu in der Lage, gegenüber PolizistInnen das wahre Ausmaß der erlittenen Misshandlungen offenzulegen.



Es wird daher notwendig sein eine unabhängige Sonderstaatsanwaltschaft einzurichten, die sich speziell mit Vorwürfen von Polizeigewalt beschäftigt, und dieser auch im erforderlichen Ausmaß völlig unabhängige, außerhalb des Innenministeriums angesiedelte ErmittlerInnen zur Seite zu stellen.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Justiz und die Bundesministerin für Inneres, wird aufgefordert, dem Nationalrat einen Gesetzesvorschlag vorzulegen, mit dem für die Ermittlungen im Zusammenhang mit Fällen mutmaßlich unangemessener Polizeigewalt eine Sonderstaatsanwaltschaft samt unabhängigen, nicht dem Innenministerium unterstellten ErmittlerInnen, eingerichtet wird.“

Handwritten signatures and initials in black ink, including 'A. Kern', 'A. D. D. D.', 'Walter', 'P. K.', and 'F. H. H. H.'.